

**Eröffnung, Schließung und Umwandlung von Betreuungsgruppen in städtischen Kindertagesstätten
Hier: Übertragung der Entscheidung auf den Magistrat**

Berichterstatter: Stadträtin Janz

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden

Beschluss

zu fassen:

„Die Entscheidung über die Eröffnung, Schließung oder Umwandlung von Betreuungsgruppen in den städtischen Kindertagesstätten wird dem Magistrat im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel für die Dauer der Wahlperiode 2006/2011 übertragen.“

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hatte mit einem Beschluss vom 21.02.2005 – Eröffnung, Schließung oder Umwandlung von Betreuungsgruppen in städtischen Kindertagesstätten – dem Magistrat bis zum Ende der Wahlperiode 2001/2006 die Entscheidung über Veränderungen, die sich aufgrund der demografischen und der regionalen Entwicklung ergeben und die Anpassung in Form von Eröffnung, Schließung oder Umwandlung von Betreuungsgruppen in den städtischen Kindertagesstätten erfordern, dem Magistrat übertragen. Gleichzeitig hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Fraktionen alle sechs Monate über die Eröffnung, Schließung und Umwandlung von Betreuungsgruppen schriftlich zu berichten.

Dies ist erstmalig in einem Bericht vom 04.11.2005 geschehen, der der Stadtverordnetenvorsteherin zugeleitet wurde. Insgesamt sind seit der Beschlussfassung am 21.02.2005 sechs Gruppen in verschiedenen Einrichtungen geschlossen worden, neun Gruppen umgewandelt worden (z.B. eine Kindergartengruppe in eine alterserweiterte Gruppe oder eine Dreivierteltagsgruppe in eine Halbtagsgruppe) und sechs Gruppen sind neu eröffnet worden. Diese Zahlen machen deutlich, dass sich die Bedarfe an Betreuungszeiten und Angeboten schneller

ändern, als dass in früheren Jahren der Fall war. Von daher hat sich die Regelung, Veränderungen im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel durch den Magistrat zu beschließen, bewährt. Zeitabläufe konnten erheblich verkürzt werden.

Vor diesem Hintergrund und der Einschätzung, dass die Entwicklung sich in gleicher Weise fortsetzen wird, bittet der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung die im letzten Jahr der vorigen Wahlperiode beschlossene Entwicklung auf den Zeitraum der gesamten Wahlperiode 2006/2011 fortzuschreiben. Der Magistrat wird der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich über die Entwicklungen Bericht erstatten.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 03.04.2006 zugestimmt.

gez. Bertram Hilgen
Oberbürgermeister